

**>Diesen Text entfernen< -- Entwurf zur eigenverantwortlichen Verwendung!**

**Empfänger:**

[Redaktion / Medium]

[Adresse]

[E-Mail]

Datum....

**Betreff: Zwang zur ID Austria im Schulbereich rechtlich umstritten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im österreichischen Schulbereich werden Bedienstete zunehmend faktisch gezwungen, die **ID Austria** für dienstliche IT-Zugänge zu verwenden. Bei Verweigerung werden **dienstrechtliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung** in Aussicht gestellt.

Nach juristischer Prüfung ist diese Vorgangsweise **hoch umstritten**:

- Es existiert **keine klare gesetzliche Grundlage**, die einzelne Bedienstete zur Nutzung der ID Austria verpflichtet.
- Die einschlägigen Normen (E-Government-Gesetz, DSGVO, IKT-Schulverordnung) verlangen **IT-Sicherheit und Multifaktorauthentifizierung**, schreiben jedoch **keine konkrete staatliche E-ID** vor.
- Technisch gleichwertige Alternativen (z. B. Hardware-Token) sind möglich und werden vom Ministerium selbst eingeräumt.
- Ein exklusiver Zwang zur ID Austria wirft **erhebliche datenschutz- und grundrechtliche Fragen** auf, insbesondere im Hinblick auf Verhältnismäßigkeit und informationelle Selbstbestimmung.

Mehrere Betroffene haben daher:

- **Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz** gestellt, um Entscheidungsgrundlagen offenzulegen, und
- **Beschwerden bei der Datenschutzbehörde** eingebracht.

Der Fall berührt eine grundsätzliche Frage:

**Darf der Staat seine Bediensteten ohne eindeutige gesetzliche Grundlage zur Nutzung einer zentralen digitalen Identität zwingen – obwohl gleichwertige Alternativen existieren?**

Eine unabhängige rechtliche Klärung steht bislang aus.

Für Rückfragen und Hintergrundinformationen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Name]

[Funktion / Betroffener / Initiative – optional], [E-Mail], [Telefon]